Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/3236

Vorblatt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 6. Oktober 1971 zur Errichtung des Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik (Gesetzentwurf der Bundesregierung)

A. Zielsetzung

Das Internationale Institut für Führungsaufgaben in der Technik mit Sitz in Mailand will mit Kursen und Forschungsarbeiten Führungskräfte aus Wirtschaft, Industrie und Verwaltung im technologischen Management fortbilden. Das Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Instituts ist aus der Debatte über die technologische Lücke zwischen Europa und den USA entstanden. Es ist im Rahmen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ausgearbeitet und am 6. Oktober 1971 von den Regierungen der folgenden Staaten unterzeichnet worden: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande und Österreich.

B. Lösung

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, weil es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Der Beitrag der Bundesregierung beträgt 29,75% und beläuft sich für 1971 auf rund 150 000 DM, für 1972 auf rund 760 000 DM. Die Mittel werden aus dem Haushaltsplan des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft aufgebracht (Titel 31 08 — 686 50).

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/3236

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (III/1) — 271 10 — In 4/72

Bonn, den 8. März 1972

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 6. Oktober 1971 zur Errichtung des Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik

mit Begründung (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen. Der Wortlaut des Übereinkommens und der Satzung in deutscher, englischer und französischer Sprache sowie die Denkschrift zu dem Übereinkommen sind gleichfalls beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft.

Der Bundesrat hat in seiner 376. Sitzung am 9. Februar 1972 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Gegenäußerung (Anlage 3) dargelegt.

Brandt

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 6. Oktober 1971 zur Errichtung des Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 6. Oktober 1971 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 8 Abs. 3 oder 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, weil es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 8 Abs. 3 oder 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der Beitrag der Bundesregierung zu dem Budget des Instituts beträgt 29,75 v. H. und beläuft sich für 1971 auf rund 150 000 DM, für 1972 auf rund 760 000 DM; die Mittel werden im Haushaltsjahr 1971 aus dem Einzelplan 31 Kapitel 3107 Titel 686 50 bestritten, im Haushaltsjahr 1972 aus dem Kapitel 3108 Titel 686 50.

Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik

Convention on the establishment of the International Institute for the Management of Technology

Accord portant création de l'Institut International de Gestion de la Technologie

DIE VERTRAGSREGIERUNGEN —

VON DER ERKENNTNIS GELEITET, daß die Anwendung wissenschaftlicher Kenntnisse auf die moderne Wirtschaft für den industriellen Fortschritt und den allgemeinen Wohlstand der Bevölkerung in ihren Staaten wesentlich ist;

IN DER ERWÄGUNG, daß die Errichtung eines Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik (im folgenden als „Institut" bezeichnet) mit dem Hauptzweck, der Fortbildung von Führungskräften und Lehrern für die Lenkung des Prozesses technischer Neuerungen zu dienen sowie darauf bezogene Forschungen zu ermöglichen, einen Anstoß geben wird zur fortschreitend besseren Anwendung wissenschaftlicher Kenntnisse auf die moderne Wirtschaft;

IN DER ERWÄGUNG, daß die Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung des Instituts im Rahmen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführt wurden und der Rat dieser Organisation die Mitgliedstaaten am 7. Juli 1970 aufforderte, die Möglichkeit einer Beteiligung an dem Institut zu prüfen;

IN DER ERWÄGUNG, daß die Vertragsregierungen vereinbart haben, das Institut als eine gemischt zwischenstaatlich-private, gemeinnützige Einrichtung für Bildung und Wissenschaft ins Leben zu rufen;

IM HINBLICK DARAUF, daß die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dieses Übereinkommen und die Satzung hinsichtlich der ihr darin zugewiesenen Aufgaben angenommen hat —

THE CONTRACTING GOVERNMENTS,

RECOGNIZING that the adaptation of scientific knowledge to the modern economy is essential for industrial progress and the general welfare of the peoples of their countries;

CONSIDERING that the establishment of an International Institute for the Management of Technology (hereinafter referred to as "the Institute") with the principal object of providing advanced training of managers and teachers and facilities for associated research in the management of technological innovation will stimulate progress in the improved adaptation of scientific knowledge to the modern economy;

CONSIDERING that the preparatory work for the establishment of the Institute was carried out within the framework of the Organisation for Economic Co-operation and Development and that the Council of that Organisation on 7th July, 1970 invited Member countries of the Organisation to consider the possibility of participating in the Institute;

CONSIDERING that the Contracting Governments have agreed to establish the Institute as a joint intergovernmental and private non-profit educational and scientific institute;

NOTING that the Organisation for Economic Co-operation and Development has accepted the provisions of the present Convention and Charter insofar as they concern the tasks conferred upon that Organisation;

LES GOUVERNEMENTS CONTRACTANTS,

CONSTANT que l'adaptation de la connaissance scientifique à l'économie moderne conditionne le progrès industriel et le bien-être général des populations de leurs pays;

CONSIDERANT que la création d'un Institut International de Gestion de la Technologie (appelé ci-dessous « l'Institut »), ayant pour objet essentiel d'assurer la formation supérieure de cadres et d'enseignants et de fournir des moyens à la recherche y afférente dans le domaine de la gestion de l'innovation technologique, stimulera les progrès d'une meilleure adaptation de la connaissance scientifique à l'économie moderne;

CONSIDERANT que les travaux préparatoires à la création de l'Institut ont été effectués dans le cadre de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques et que le Conseil de cette Organisation a invité, le 7 juillet 1970, les gouvernements des pays Membres de l'Organisation à examiner la possibilité de participer à l'Institut;

CONSIDERANT que les Gouvernements Contractants sont convenus de créer l'Institut sous la forme d'une institution de caractère à la fois intergouvernemental et privé, sans but lucratif, consacrée à l'enseignement et à la science;

NOTANT que l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques a accepté les dispositions du présent Accord et de la Charte pour ce qui concerne les tâches dévolues à cette Organisation;

SIND WIE FOLGT UBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Errichtung des Instituts

Hiermit wird das Internationale Institut für Führungsaufgaben in der Technik als eine gemischt zwischenstaatlich-private, gemeinnützige Einrichtung für Bildung und Wissenschaft mit dem Hauptzweck errichtet, der Fortbildung von Führungskräften und Lehrern für die Lenkung des Prozesses technischer Neuerungen zu dienen sowie darauf bezogene Forschungen zu ermöglichen.

Artikel 2

Maßgebliches Recht

Für das Institut sind dieses Übereinkommen, die anliegende Satzung (im folgenden als „Satzung" bezeichnet), die Institutsvorschriften, die Finanzordnung, die Personalordnung und die sonstigen, von den Institutsorganen ordnungsgemäß angenommenen Vorschriften und Beschlüsse verbindlich.

Artikel 3

Beiträge der Regierungen

(1) Das Institut wird nach Artikel 20 der Satzung finanziert.

(2) Die Vertragsregierungen leisten in konvertierbaren Zahlungsmitteln Jahresbeiträge an das Institut in Höhe eines Gesamtbetrags, der von der Generalversammlung nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe c der Satzung bestimmt wird. Die Aufteilung dieses Betrags erfolgt

a) nach einem Schlüssel, der jährlich direkt proportional zum Bruttosozialprodukt zu Faktorkosten (abzüglich eines Wertminderungssatzes von 10 v. H.) der drei vorangegangenen Kalenderjahre festgesetzt wird, für die statistische Unterlagen vorhanden sind, umgerechnet auf eine gemeinsame Währungseinheit nach Maßgabe der durchschnittlichen amtlichen Tageskurse dieser Jahre;

b) vorbehaltlich einer Angleichung, die gewährleistet, daß keine Vertragsregierung mehr als 30 v. H. des Gesamtbetrags aufzubringen hat.

(3) Die Vertragsregierungen können an das Institut zusätzliche Beiträge in der von ihnen für angemessen erachteten Höhe leisten, wobei jedoch der Beitrag keiner Vertragsregierung ohne Zustimmung der anderen Vertragsregierungen auf eine Summe erhöht werden darf, die 30 v. H.

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

Establishment of the Institute

The International Institute for the Management of Technology is hereby established as a joint intergovernmental and private non-profit educational and scientific institute with the principal object of providing advanced training of managers and teachers and facilities for associated research in the management of technological innovation.

Article 2

Governing Law

The Institute shall be governed by the present Convention, the Charter annexed thereto (hereinafter referred to as "the Charter"), the By-laws, financial regulations, staff regulations and other regulatory measures and decisions duly adopted by the organs of the Institute.

Article 3

Government Contributions

(1) The Institute shall be financed in accordance with Article 20 of the Charter.

(2) The Contracting Governments shall contribute to the Institute annually an aggregate amount of convertible funds determined by the General Council in accordance with Article 8 (1) (c) of the Charter. The apportionment of such amount shall be:

(a) in accordance with a scale, which shall be fixed every year directly in proportion to the gross national product at factor cost (less a deduction of ten per cent for depreciation) for the three latest calendar years for which statistics are available and converted to a common currency unit according to the average current official exchange rates for these years;

(b) subject to adjustment to ensure that no Contracting Government shall be required to contribute more than thirty per cent of the aggregate amount.

(3) Contracting Governments may make additional contributions to the Institute in such amounts as they deem appropriate, provided that no Contracting Government's contribution may be increased to a sum exceeding thirty per cent of the aggregate amount fixed in accordance with

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article 1

Création de l'Institut

Il est créé un Institut International de Gestion de la Technologie, ayant le caractère d'une institution à la fois intergouvernementale et privée, sans but lucratif, consacrée à l'enseignement et à la science, ayant pour objet essentiel d'assurer la formation supérieure de cadres et d'enseignants et de fournir des moyens à la recherche y afférente dans le domaine de la gestion de l'innovation technologique.

Article 2

Législation applicable

L'Institut est régi par le présent Accord, la Charte qui lui est annexée (appelée ci-dessous la « Charte »), le Règlement intérieur, le Règlement financier, le Règlement du personnel ainsi que par les autres dispositions réglementaires et décisions dûment adoptées par les organes de l'Institut.

Article 3

Contributions des Gouvernements

(1) Le financement de l'Institut est assuré conformément à l'Article 20 de la Charte.

(2) Les Gouvernements Contractants sont tenus de verser chaque année à l'Institut une contribution financière en monnaie convertible dont le montant global est fixé par l'Assemblée Générale conformément à l'Article 8 (1) (c) de la Charte. La répartition de cette somme globale est:

(a) effectuée conformément à un barème fixé chaque année, directement proportionnel au montant du produit national brut au coût des facteurs (après déduction de 10 % pour amortissements) afférent aux trois dernières années civiles pour lesquelles on dispose de statistiques, ce montant étant converti en une unité de compte commune sur la base des taux de change officiels moyens pratiqués pendant les années considérées;

(b) ajustée, le cas échéant, de manière qu'aucun Gouvernement Contractant ne soit tenu de contribuer pour une somme supérieure à 30 % de la contribution globale.

(3) Les Gouvernements Contractants peuvent verser à l'Institut les contributions complémentaires qu'ils jugent appropriées pourvu que la contribution d'aucun Gouvernement Contractant n'atteigne une somme excédant 30 % du montant global fixé conformément au paragraphe (2) du présent

des nach Absatz 2 festgesetzten Gesamtbetrags übersteigt.

Artikel 4

Vorrechte und Immunitäten

Das Institut besitzt Rechtspersönlichkeit. Insbesondere besitzt es die Fähigkeit, Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern; ferner ist es prozeßfähig. Die Regierung des Staates, in dem sich nach Artikel 2 der Satzung der Sitz des Instituts befindet, schließt mit dem Institut eine zweiseitige völkerrechtliche Übereinkunft über die Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten des Instituts und seines Personals, die nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe i der Satzung der Genehmigung der Generalversammlung bedarf.

Artikel 5

Umwandlung des Instituts

Das Institut kann jederzeit nach dem in Artikel 24 der Satzung niedergelegten Verfahren in eine private Einrichtung nach innerstaatlichem Recht umgewandelt werden. Nach der Umwandlung erkennt der Staat, in dem sie stattfindet, die Rechtspersönlichkeit des Instituts an.

Artikel 6

Abwicklung

Wird das Institut aufgelöst, so werden seine Geschäfte von Liquidatoren abgewickelt, die nach Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe i der Satzung zu bestellen sind. Die Liquidatoren stellen das Vermögen des Instituts fest und erfüllen seine Verbindlichkeiten. Ein etwaiger Überschuß wird an die Vertragsregierungen im Verhältnis ihrer gesamten an das Institut gezahlten Beiträge verteilt; er wird ausschließlich öffentlichen Zwecken zugeführt; es findet keine Dividendenzahlung oder andere Verteilung an Mitglieder, Verwaltungsratsmitglieder, Angehörige des Personals, Bedienstete oder Vertreter des Instituts oder an sonstige natürliche Personen oder andere Rechtsträger statt, die an der Tätigkeit des Instituts ein persönliches oder privates Interesse haben. Ein Fehlbetrag wird von den Vertragsregierungen im Verhältnis ihrer Beiträge gedeckt, die für das Rechnungsjahr festgesetzt wurden, in dem das Institut aufgelöst wird.

Artikel 7

Streitigkeiten

(1) Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Vertragsregierungen über Rechte und Pflichten im Zusammen-

paragraph (2) of this Article without the consent of the other Contracting Governments.

Article 4

Privileges and Immunities

The Institute shall have legal personality. It shall in particular have the capacity to contract, to acquire and dispose of movable and immovable property and to institute legal proceedings. The Government of the State in which the Institute's Headquarters are located pursuant to Article 2 of the Charter shall conclude with the Institute a bilateral international agreement, to be approved by the General Council in accordance with Article 8 (1) (i) of the Charter, relating to the status, privileges and immunities of the Institute and its staff.

Article 5

Reconstitution of the Institute

In accordance with the procedure laid down in Article 24 of the Charter the Institute may at any time be reconstituted as a private organization under a national legal system. The legal personality of the Institute after the reconstitution shall be recognized by the State in which the reconstitution takes place.

Article 6

Winding-up

In the event that the Institute is liquidated its affairs shall be wound up by liquidators appointed as provided in Article 8 (2) (i) of the Charter. The liquidators shall marshal the assets of the Institute and discharge its liabilities. Any surplus shall be distributed among the Contracting Governments in proportion to their total contributions to the Institute; the surplus shall be applied exclusively to public purposes and no dividend or distribution shall otherwise be paid to any Member, Governing Board member, staff member, officer, employee or agent of the Institute or to any person or entity having a personal or private interest in the activities of the Institute. Any deficit shall be met by the Contracting Governments in the same proportions as those in which their contributions have been assessed for the financial year in which the Institute is dissolved.

Article 7

Disputes

(1) Disputes arising between two or more Contracting Governments concerning rights or duties in relation

Article, sans l'accord des autres Gouvernements Contractants.

Article 4

Privilèges et Immunités

L'Institut a la personnalité juridique. Il a en particulier le droit de contracter, d'acquérir et d'aliéner des biens mobiliers et immobiliers et d'ester en justice. Le gouvernement de l'Etat sur le territoire duquel est situé le siège de l'Institut en vertu de l'Article 2 de la Charte conclura avec l'Institut un accord international bilatéral concernant le statut, les privilèges et immunités de l'Institut et de son personnel, qui devra être approuvé par l'Assemblée Générale conformément à l'Article 8 (1) (i) de la Charte.

Article 5

Reconstitution de l'Institut

L'Institut peut, à tout moment et conformément à la procédure définie à l'Article 24 de la Charte, être reconstitué en un organisme privé régi par la législation nationale d'un pays. La personnalité juridique de l'Institut reconstitué sera reconnue par l'Etat sur le territoire duquel la reconstitution sera intervenue.

Article 6

Dissolution

En cas de dissolution de l'Institut, des liquidateurs, nommés conformément aux dispositions de l'Article 8 (2) (i) de la Charte, seront chargés d'en assurer la liquidation. Ils procéderont à la réalisation de l'actif de l'Institut et à l'extinction de son passif. Tout excédent sera réparti entre les Gouvernements Contractants au prorata du total de leurs contributions à l'Institut; l'excédent sera affecté uniquement à des fins d'intérêt public et aucun dividende, aucune autre somme quelconque ne seront distribués à un Membre, à un membre du Conseil d'Administration, à un membre du personnel, à un dirigeant, à un employé ou agent de l'Institut ni à aucune personne ou entité ayant un intérêt personnel ou privé dans les activités de l'Institut. Tout déficit sera comblé par les Gouvernements Contractants dans les mêmes proportions que celles retenues pour le calcul de leurs contributions afférentes à l'exercice financier au cours duquel a lieu la dissolution de l'Institut.

Article 7

Différends

(1) Tout différend surgissant entre deux ou plusieurs Gouvernements Contractants à propos de droits ou

hang mit dem Institut unterliegen der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs und können diesem demnach durch Klage einer Streitpartei unterbreitet werden.

(2) Binnen zwei Monaten, nachdem eine Partei der anderen notifiziert hat, daß nach ihrer Auffassung eine Streitigkeit vorliegt, können die Parteien vereinbaren, statt des Internationalen Gerichtshofs ein Schiedsgericht oder eine andere Art der Beilegung in Anspruch zu nehmen. Nach Ablauf dieser Frist kann jede Partei die Streitigkeit dem Gerichtshof durch Klage vorlegen.

to the Institute shall lie within the compulsory jurisdiction of the International Court of Justice and may accordingly be brought before the Court by an application made by any party to the dispute.

(2) The parties may agree, within a period of two months after one party has notified its opinion to the other that a dispute exists, to resort not to the International Court of Justice but to an arbitral tribunal or to another mode of settlement. After the expiry of the said period, either party may bring the dispute before the Court by an application.

d'obligations relatifs à l'Institut relève de la compétence obligatoire de la Cour internationale de Justice qui à ce titre pourra être saisie par une requête de toute partie au différend.

(2) Les parties peuvent convenir, dans un délai de deux mois après notification par une partie à l'autre qu'il existe à son avis un litige, d'adopter, au lieu du recours à la Cour internationale de Justice, une procédure devant un tribunal d'arbitrage ou tout autre mode de règlement. Ce délai étant écoulé, chaque partie peut, par voie de requête, saisir la Cour du différend.

Artikel 8

Unterzeichnung und Ratifikation, Annahme oder Genehmigung

(1) Dieses Übereinkommen liegt bis zu seinem Inkrafttreten nach Absatz 3 für die Regierung jedes Mitgliedstaats der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerregierungen nach Maßgabe ihrer Verfassungsvorschriften. Die diesbezüglichen Urkunden sind beim Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu hinterlegen.

(3) Dieses Übereinkommen tritt mit Hinterlegung der vierten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft; darunter muß sich auch die von der Regierung desjenigen Staates hinterlegte Urkunde befinden, in dem sich zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Sitz des Instituts nach Artikel 2 der Satzung befindet. Nach Unterzeichnung dieses Übereinkommens durch vier Regierungen einschließlich der Regierung des Staates, in dem sich nach Artikel 2 der Satzung der Sitz des Instituts befindet, wenden die Unterzeichnerregierungen dieses Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten nach dem vorhergehenden Satz vorbehaltlich ihrer Verfassungsvorschriften und nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechtes vorläufig an.

(4) Ist dieses Übereinkommen nach Absatz 3 in Kraft getreten, so tritt es für eine Unterzeichnerregierung, die es später ratifiziert, annimmt oder genehmigt, mit Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

Article 8

Signature and Ratification, Acceptance or Approval

(1) This Convention shall remain open for signature by the Government of any Member country of the Organisation for Economic Co-operation and Development until the date of its entry into force in accordance with paragraph (3) of this Article.

(2) This Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval by the signatory Governments in accordance with their respective constitutional requirements. The appropriate instruments shall be deposited with the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development.

(3) This Convention shall enter into force on the date of deposit of the fourth instrument of ratification, acceptance or approval, including the instrument deposited by the Government of the State in which the Institute's Headquarters are located under Article 2 of the Charter at the time of such deposit. Upon signature of this Convention by four Governments, including the Government of the State in which the Institute's Headquarters are located pursuant to Article 2 of the Charter, the signatory Governments shall, pending the coming into force of this Convention in the manner provided in the preceding sentence of this paragraph, apply this Convention on a provisional basis subject to their constitutional requirements and in conformity with their internal law.

(4) After the Convention enters into force as provided in paragraph (3) of this Article, the Convention shall, as regards any signatory Government subsequently ratifying, accepting or approving the Convention come into force on the date on which such signatory Government's instrument of ratification, acceptance or approval is deposited.

Article 8

Signature et Ratification, Acceptation ou Approbation

(1) Le présent Accord restera ouvert à la signature du Gouvernement de tout pays Membre de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques jusqu'à la date de son entrée en vigueur conformément au paragraphe (3) du présent Article.

(2) Le présent Accord sera soumis à ratification, acceptation ou approbation par les Gouvernements signataires, conformément à leurs règles constitutionnelles respectives. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques.

(3) Le présent Accord entrera en vigueur à la date du dépôt du quatrième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, y compris l'instrument déposé par le Gouvernement de l'Etat sur le territoire duquel sera situé le siège de l'Institut au moment du dépôt de cet instrument en vertu de l'Article 2 de la Charte. Dès que le présent Accord aura été signé par quatre Gouvernements, y compris le Gouvernement de l'Etat sur le territoire duquel sera situé le siège de l'Institut en vertu de l'Article 2 de la Charte, et jusqu'à ce qu'il entre en vigueur dans les conditions prévues à la phrase précédente du présent paragraphe, les Gouvernements signataires appliqueront l'Accord à titre provisoire, sous réserve de leurs règles constitutionnelles respectives et conformément à leur législation interne.

(4) Après l'entrée en vigueur du présent Accord dans les conditions prévues au paragraphe (3) du présent Article, l'Accord prendra effet, à l'égard de tout Gouvernement signataire qui le ratifiera, l'acceptera ou l'approuvera ultérieurement, à la date à laquelle ce Gouvernement déposera son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Artikel 9

Beitritt

(1) Die Regierung jedes Mitgliedstaats der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kann diesem Übereinkommen nach seinem Inkrafttreten beitreten.

(2) Die Generalversammlung des Instituts kann durch Beschluß nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe f der Satzung jede andere Regierung einladen, diesem Übereinkommen zu Bedingungen beizutreten, welche die Generalversammlung gegebenenfalls festlegt.

(3) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer am Tag der Hinterlegung selbst wirksam werdenden Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Article 9

Accession

(1) The Government of any Member country of the Organisation for Economic Co-operation and Development may, after this Convention has entered into force, accede to this Convention.

(2) The General Council of the Institute may by decision taken under Article 8 (1) (f) of the Charter invite any other Government to accede to this Convention upon such terms as the Council may determine.

(3) Accession shall be effected by the deposit with the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development of an instrument of accession which shall take effect on the date of such deposit.

Article 9

Adhésion

(1) Le Gouvernement de tout pays Membre de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques peut adhérer au présent Accord après l'entrée en vigueur de cet Accord.

(2) L'Assemblée Générale de l'Institut peut, par décision prise conformément à l'Article 8 (1) (f) de la Charte, inviter tout autre Gouvernement à adhérer à l'Accord, dans les conditions que l'Assemblée Générale détermine.

(3) L'adhésion s'effectuera par le dépôt, auprès du Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques, d'un instrument d'adhésion qui prendra effet à la date dudit dépôt.

Artikel 10

Geltungsdauer des Übereinkommens

(1) Dieses Übereinkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft, bis es nach diesem Artikel außer Kraft tritt oder gekündigt wird.

(2) Dieses Übereinkommen tritt 30 Tage nach dem Tag außer Kraft, an dem der Generaldirektor des Instituts dem Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung notifiziert, daß die Formerfordernisse für eine Umwandlung des Instituts nach Artikel 24 der Satzung erfüllt sind.

(3) Sind die Geschäfte des Instituts nach Artikel 6 endgültig abgewickelt, so tritt dieses Übereinkommen außer Kraft, sobald der Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Notifikation nach Artikel 13 Buchstabe i vorgenommen hat.

(4) Jede Vertragsregierung kann dieses Übereinkommen, nachdem es mindestens drei Jahre für sie in Kraft gewesen ist, durch Mitteilung an den Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kündigen. Die Kündigung wird mit Ablauf des Rechnungsjahres wirksam, das dem Jahr der Mitteilung der Kündigung folgt. Die Kündigung dieses Übereinkommens durch eine oder mehrere Vertragsregierungen berührt nicht seine Geltung für die übrigen Vertragsregierungen.

Article 10

Duration of Convention

(1) The present Convention shall remain in force for an indefinite period until it is terminated or denounced as provided in this Article.

(2) This Convention shall terminate 30 days after the date upon which the Director-General of the Institute notifies the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development that the formalities required to effect the reconstitution of the Institute under Article 24 of the Charter have been completed.

(3) After the Institute's affairs have been finally wound up as provided in Article 6 above, this Convention shall terminate when the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development gives the notification provided in Article 13 (i) of this Convention.

(4) Any Contracting Government may, after the present Convention has been in force for at least three years as respects such Government, denounce the Convention by giving notice of denunciation to the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development. Such denunciation shall take effect at the end of the financial year following the year in which notice of denunciation is given. Denunciation of this Convention by one or more Contracting Governments shall not affect the validity of the Convention for the remaining Contracting Governments.

Article 10

Durée de l'Accord

(1) Le présent Accord restera en vigueur pour une période indéfinie, jusqu'à ce qu'il prenne fin ou qu'il soit dénoncé dans les conditions prévues au présent Article.

(2) Le présent Accord prendra fin trente jours après la date à laquelle le Directeur général de l'Institut aura notifié au Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques l'accomplissement des formalités requises pour donner effet à la reconstitution de l'Institut prévue à l'Article 24 de la Charte.

(3) Après la liquidation définitive des affaires de l'Institut conformément à l'Article 6 ci-dessus, le présent Accord prendra fin au moment où le Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques fera la notification prévue à l'Article 13 (i) du présent Accord.

(4) Tout Gouvernement Contractant pourra, à condition qu'un délai minimal de trois années se soit écoulé depuis l'entrée en vigueur à son égard du présent Accord, dénoncer l'Accord en notifiant à cet effet un préavis au Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques. Cette dénonciation prendra effet à la fin de l'exercice budgétaire suivant l'année au cours de laquelle elle a été notifiée. La dénonciation du présent Accord par l'un ou plusieurs des Gouvernements Contractants n'affectera nullement sa validité à l'égard des autres Gouvernements Contractants.

Artikel 11

Fortbestehende Verpflichtungen

Eine Vertragsregierung, die aufhört, Vertragspartei zu sein, bleibt dem Institut für alle zugesagten, jedoch nicht ausgezahlten finanziellen Beiträge rechtlich haftbar und übernimmt die in den Artikel 6 und 7 enthaltenen fortdauernden Verpflichtungen.

Article 11

Surviving Obligations

A Contracting Government which ceases to be a party to the present Convention shall remain legally liable to the Institute for any pledged but unpaid financial contributions and accepts the continuing obligations contained in Articles 6 and 7 of this Convention.

Article 11

Survivance de certaines Obligations

Tout Gouvernement Contractant cessant d'être partie au présent Accord reste juridiquement tenu envers l'Institut de s'acquitter des contributions financières qu'il s'est engagé à verser mais qu'il n'a pas encore versées et demeure soumis aux obligations prévues aux Articles 6 et 7 du présent Accord.

Artikel 12

Änderungen

(1) Dieses Übereinkommen kann in gegenseitigem Einvernehmen aller Vertragsregierungen geändert werden; sie notifizieren ihre Annahme einer Änderung dem Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

(2) Änderungen treten 30 Tage nach Eingang der letzten Notification der Annahme in Kraft.

Article 12

Amendments

(1) This Convention may be amended by unanimous agreement of the Contracting Governments who shall notify their acceptance of any amendment to the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development.

(2) Amendments shall come into force 30 days after the receipt of the last notification of acceptance.

Article 12

Amendements

(1) Le présent Accord peut être amendé par accord unanime des Gouvernements Contractants, qui notifient leur acceptation de tout amendement au Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques.

(2) Les amendements entrent en vigueur trente jours après la réception de la dernière notification d'acceptation.

Artikel 13

Notifikationen

Der Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung notifiziert den unterzeichnenden Regierungen, den beitretenden Regierungen und dem Generaldirektor des Instituts

a) sämtliche Unterzeichnungen;
b) die Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde;
c) das Inkrafttreten dieses Übereinkommens;
d) die Hinterlegung jeder Beitrittsurkunde;
e) die Annahme und das Inkrafttreten jeder Änderung dieses Übereinkommens;
f) die Umwandlung des Instituts nach Artikel 5;
g) das Außerkrafttreten dieses Übereinkommens nach Artikel 10 Absatz 2;
h) jede Kündigung nach Artikel 10 Absatz 4;
i) den Eingang der Mitteilung über den Abschluß der Abwicklung des Instituts.

Article 13

Notifications

The Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development shall notify the signatory and acceding Governments and the Director-General of the Institute of:

(a) all signatures;
(b) the deposit of any instrument of ratification, acceptance or approval;
(c) the entry into force of the present Convention;
(d) the deposit of any instrument of accession;
(e) acceptance and the entry into force of any amendment to this Convention;
(f) the reconstitution of the Institute under Article 5;
(g) the termination of this Convention under Article 10 (2);
(h) any denunciation made in accordance with Article 10 (4);
(i) receipt of notice of completion of winding-up of the Institute.

Article 13

Notifications

Le Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques notifie aux Gouvernements signataires, aux Gouvernements adhérant à l'Accord et au Directeur général de l'Institut:

(a) toutes les signatures;
(b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation;
(c) l'entrée en vigueur du présent Accord;
(d) le dépôt de tout instrument d'adhésion;
(e) l'acceptation et l'entrée en vigueur de tout amendement à l'Accord;
(f) la reconstitution de l'Institut effectuée conformément à l'Article 5;
(g) la fin du présent Accord en vertu de l'Article 10 (2);
(h) toute dénonciation faite conformément à l'Article 10 (4);
(i) la réception de la notification signifiant que la dissolution de l'Institut est achevée.

Artikel 14

Registrierung

Der Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung läßt dieses Übereinkommen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen beim Generalsekretär der Vereinten Nationen registrieren.

Article 14

Registration

The Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development shall register this Convention with the Secretary-General of the United Nations in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article 14

Enregistrement

Le Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques fera procéder à l'enregistrement du présent Accord auprès du Secrétaire général des Nations Unies, conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Artikel 15

Übergangsregelungen

(1) Während der vorläufigen Anwendung dieses Übereinkommens nach Artikel 8 Absatz 3 kann die Generalversammlung die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ersuchen, in Übereinstimmung mit der Finanzordnung dieser Organisation und den dazugehörigen Durchführungsbestimmungen sowie dem für das Institut maßgeblichen Recht Beiträge und sonstige Mittel anzunehmen, Auszahlungen und Anschaffungen vorzunehmen, Verträge zu schließen sowie sonstige Handlungen im Namen des Instituts vorzunehmen; die Generalversammlung kann alle sonstigen Maßnahmen treffen, die zur Verwirklichung des Institutszwecks während der vorläufigen Anwendung dieses Übereinkommens erforderlich sind.

(2) Das Institut entschädigt die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für jeden Verlust und jede Inanspruchnahme aus einer Haftung, die ihr bei Handlungen im Namen des Instituts während der vorläufigen Anwendung dieses Übereinkommens oder im Zusammenhang damit erwachsen. Ist das Institut aus irgendeinem Grund außerstande, die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dementsprechend zu entschädigen, so entschädigen die Vertragsregierungen die Organisation in dem Verhältnis, das für ihre Beiträge in dem Rechnungsjahr festgesetzt wurde, in dem der Verlust oder die Inanspruchnahme eingetreten ist.

(3) Während der vorläufigen Anwendung dieses Übereinkommens werden Beiträge, die auf Aufforderung der Generalversammlung zugunsten des Instituts an die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abgeführt wurden, als an das Institut gezahlte Beiträge gutgeschrieben, nach denen sich die Rechte der Mitglieder auf Grund des Übereinkommens und der Satzung bestimmen.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Paris am 6. Oktober 1971 in deutscher, englischer, französischer, italienischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die beim Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hinterlegt wird; dieser übermittelt allen unterzeichnenden und beitretenden Regierungen beglaubigte Abschriften.

Article 15

Transitional Arrangements

(1) During the period of provisional application provided in Article 8 (3) of this Convention the General Council may request the Organisation for Economic Co-operation and Development to act, in accordance with the Financial Regulations and Financial Rules of that Organisation and the Governing Law of the Institute, to receive contributions and other funds and to make disbursements and purchases, to contract and to perform other acts on behalf of the Institute, and the General Council may take such other measures as may be necessary to carry out the objects of the Institute during such period of provisional application.

(2) The Institute shall indemnify the Organisation for Economic Co-operation and Development against any loss or liability that Organisation may incur in carrying out any act on behalf of the Institute during such period of provisional application or in connection therewith. If the Institute is unable for any reason so to indemnify the Organisation for Economic Co-operation and Development the Contracting Governments shall so indemnify that Organisation in the same proportions as those in which their contributions have been assessed for the financial year in which the loss or liability is incurred.

(3) During such period of provisional application any contributions delivered at the request of the General Council to the Organisation for Economic Co-operation and Development for the benefit of the Institute, shall be credited as contributions to the Institute for the purposes of determining Members' rights under the Convention and the Charter.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, duly authorized thereto, have signed this Convention.

DONE at Paris this sixth day of October, Nineteen Hundred and Seventy One in the English, French, German, Dutch and Italian languages, each text being equally authoritative, in a single original which shall be deposited with the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development who shall transmit a certified copy to all signatory and acceding Governments.

Article 15

Dispositions transitoires

(1) Durant la période d'application provisoire prévue à l'Article 8 (3) du présent Accord, l'Assemblée Générale peut demander à l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques de recevoir des contributions et d'autres fonds, de faire des versements et des achats, de passer des contrats et d'agir de façon générale pour le compte de l'Institut, conformément au Règlement Financier et Règles d'Application de ladite Organisation et à la législation applicable à l'Institut, et l'Assemblée Générale peut prendre toute autre disposition nécessaire pour mener à bien les tâches de l'Institut durant cette période d'application provisoire.

(2) L'Institut garantira l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques contre toute perte ou responsabilité que l'Organisation pourrait encourir du fait de tout acte entrepris pour le compte de l'Institut durant cette période d'application provisoire ou en rapport avec de tels actes. Au cas où l'Institut ne serait pas en mesure, pour quelque raison que se soit, de dédommager ainsi l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques, les Gouvernements Contractants le feront au prorata de leurs contributions établies pour l'exercice financier durant lequel la perte ou la responsabilité sera encourue.

(3) Durant cette période d'application provisoire, toute contribution remise, à la demande de l'Assemblée Générale, à l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques pour le compte de l'Institut, sera portée au crédit de l'Institut au titre des contributions, aux fins de déterminer les droits des Membres aux termes de l'Accord et de la Charte.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leur signature au bas du présent Accord.

FAIT à Paris, le six octobre mil neuf cent soixante et onze, en langue française, allemande, anglaise, italienne et néerlandaise, chacun de ces textes faisant également foi, en un seul original, déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques, qui en délivrera une copie certifiée conforme à tous les Gouvernements signataires et Gouvernements adhérant à l'Accord.

Satzung des Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik

Charter of the International Institute for the Management of Technology

Charte de l'Institut International de Gestion de la Technologie

Artikel 1

Zweck

Das Internationale Institut für Führungsaufgaben in der Technik (im folgenden als „Institut" bezeichnet) ist eine Einrichtung für Bildung und Wissenschaft mit dem Hauptzweck, der Fortbildung von Führungskräften und Lehrern für die Lenkung des Prozesses technischer Neuerungen zu dienen sowie darauf bezogene Forschungen zu ermöglichen.

Artikel 2

Sitz

Sitz des Instituts ist die Stadt Mailand in der Italienischen Republik.

Artikel 3

Befugnisse

Das Institut ist befugt, durch seine Organe sämtliche Handlungen und Maßnahmen vorzunehmen, die zur Verwirklichung des Institutszwecks notwendig, geeignet oder ratsam sind; hierin eingeschlossen, jedoch nicht darauf beschränkt, sind folgende Befugnisse:

a) als Lehr- und Forschungsinstitut tätig zu sein, um durch Ausbildung und Unterweisung in Fächern, die mit seinem Zweck im Zusammenhang stehen, Kenntnisse zu vermitteln, zu fördern, auszuwerten und zu verbreiten;

b) Forschungen, Versuche, Untersuchungen und Umfragen vorzunehmen, die zur Verwirklichung seines Zwecks erforderlich sind;

c) Diplome und sonstige Befähigungsnachweise zu verleihen;

d) Gebäude, Laboratorien, Büchereien, Gerät und andere Einrichtungen in Betrieb zu nehmen, instand zu halten und zu ändern;

Article 1

Objects

The International Institute for the Management of Technology (hereinafter referred to as "the Institute") is an educational and scientific institution with the principal object of providing advanced training for managers and teachers and facilities for associated research in the management of technological innovation.

Article 2

Headquarters

The Headquarters of the Institute shall be situated in the City of Milan, Italian Republic.

Article 3

Powers

The Institute is empowered, in acting through its organs, to perform any and all acts or things necessary, appropriate or advisable in order to carry out the objects of the Institute, including but not limited to the following powers:

(a) to operate as a teaching and research institute in order to afford, promote, evaluate and disseminate learning by education and instruction in subjects relating to its objects;

(b) to engage in research, experiments, investigations and inquiries required to carry out its objects;

(c) to grant diplomas and other evidence of attainment;

(d) to operate, maintain and modify buildings, laboratories, libraries, equipment and other facilities;

Article 1

Objectifs

L'Institut International de Gestion de la Technologie (appelé ci-dessous « l'Institut ») est un organisme consacré à l'enseignement et à la science et ayant pour objet essentiel d'assurer la formation supérieure de cadres et d'enseignants et de fournir les moyens à la recherche y afférente dans le domaine de la gestion de l'innovation technologique.

Article 2

Siège

Le siège de l'Institut est fixé dans la ville de Milan sur le territoire de la République Italienne.

Article 3

Pouvoirs

L'Institut, agissant par l'intermédiaire de ses organes, est habilité à faire tout acte nécessaire, approprié ou convenant à la poursuite de ses objectifs et il a notamment, mais non limitativement, les pouvoirs suivants:

(a) fonctionner en tant qu'Institut d'enseignement et de recherche afin de fournir, promouvoir, apprécier et diffuser, par l'enseignement et par l'instruction, les connaissances relevant des domaines afférents à ses objectifs;

(b) se livrer aux recherches, expériences, investigations et enquêtes nécessaires à la poursuite de ses objectifs;

(c) décerner des diplômes et tous autres certificats analogues;

(d) gérer, entretenir et modifier des bâtiments, laboratoires, bibliothèques, installations et autres équipements;

e) statistische Angaben und sonstige Daten jeder Art zu sammeln, zu bearbeiten und zu verwenden; Aufzeichnungen, Abhandlungen, Zeitschriften und Bücher zu verfassen, zu veröffentlichen und zu verbreiten sowie von allen sonstigen geeigneten Kommunikationsmitteln Gebrauch zu machen.

(e) to collect, process and use statistics and all other forms of data, to prepare, publish and distribute papers, pamphlets, periodicals and books, to use all other appropriate forms of communication.

(e) collecter, traiter et utiliser des statistiques et toutes autres informations, rédiger, publier et diffuser des documents, brochures, périodiques et livres, utiliser tous autres moyens appropriés de communications de la pensée.

Artikel 4

Gemeinnütziger Charakter

Das Institut ist eine gemeinnützige Einrichtung ohne Gewinnberechtigung, die ausschließlich zur Verwirklichung des in Artikel 1 genannten Zwecks aufgebaut und betrieben wird; seine Gewinne oder Nettoeinnahmen fließen weder ganz noch teilweise irgendwelchen natürlichen Personen oder anderen Rechtsträgern zu. Angehörige des Personals, Berater, Bedienstete, Mitglieder des Lehrkörpers, Vertreter oder Mitglieder des Instituts oder sonstige natürliche Personen oder andere Rechtsträger dürfen aus der Tätigkeit des Instituts weder einen geldlichen Vorteil noch Anspruch auf einen solchen erhalten; ausgenommen sind angemessene Vergütungen für Dienstleistungen. Das Institut ist nicht befugt, sich propagandistisch oder — gleichviel in welcher Form — politisch zu betätigen oder zu versuchen, die Gesetzgebung zu beeinflussen.

Article 4

Non-profit Character

The Institute shall be a non-stock, non-profit institution organized and operated exclusively for the objects stated in Article 1 above and no part of its earnings or net income shall inure to the benefit of any person or entity. No staff member, consultant, officer, faculty, employee, agent or Member of the Institute or other person or entity shall receive or be entitled to receive any pecuniary profit from the operations of the Institute except reasonable compensation for services. The Institute is not empowered to engage in propaganda or otherwise to attempt to influence legislation or to participate in or interfere in any political campaign in any way whatsoever.

Article 4

Caractère non lucratif

L'Institut est un organisme sans but lucratif et sans capital social, organisé et géré uniquement en vue de la réalisation des objectifs prévus à l'Article 1 ci-dessus; nulle personne ou entité ne peut bénéficier d'aucune part de ses gains ou revenus nets. Aucun membre du personnel, consultant, dirigeant, enseignant, employé, agent ou membre de l'Institut, aucune autre personne ou entité ne peut retirer ou être habilité à recevoir un avantage pécuniaire quelconque des opérations de l'Institut, sauf la rémunération raisonnable des services rendus. L'Institut n'a ni le droit de se livrer à une propagande ou à une action quelconque tendant à influencer la législation, ni le droit de participer à une campagne politique ou de s'immiscer dans une telle campagne de quelque manière que ce soit.

Artikel 5

Mitgliedschaft

(1) Sämtliche Vertragsregierungen des Übereinkommens sind Mitglieder des Instituts.

(2) Einzelpersonen, Gesellschaften, Vereine, Stiftungen und sonstige Rechtsträger mit Ausnahme von Regierungen können Mitglied werden, wenn der Bewerber

a) von der Generalversammlung als Mitglied aufgenommen wird,

b) die Pflichten als Mitglied übernimmt und

c) mindestens drei Jahre lang jährlich mindestens 10 000 Rechnungseinheiten im Sinne des Europäischen Währungsabkommens in konvertierbaren Zahlungsmitteln beiträgt oder zusagt.

(3) Wenn natürliche Personen oder sonstige Rechtsträger dem Institut Zahlungsmittel zuwenden oder zusagen, die sie von anderen natürlichen Personen oder sonstigen Rechtsträgern für Zwecke erhalten haben oder erhalten sollen, welche einem der Zwecke des Instituts entsprechen, so betrachtet die Generalversammlung auf Antrag der als Endbeitragszahler

Article 5

Membership

(1) All governments parties to the Convention shall be Members.

(2) Individuals, companies, associations, foundations and other entities except governments shall become Members if the applicant:

(a) is accepted as a Member by the General Council;

(b) accepts the obligations of membership; and

(c) contributes or pledges at least 10,000 European Monetary Agreement units of account in convertible funds each year for a minimum period of three years.

(3) If a person or entity pays or pledges to pay to the Institute funds received or to be received from another person or entity for purposes corresponding to any of the Institute's objects, the General Council shall, at the request of such other person or entity acting as the ultimate contributor, consider such payment or pledge as being made by such other person

Article 5

Membres

(1) Tous les gouvernements qui sont partie à l'Accord ont la qualité de Membres.

(2) Toute personne physique, société, association, fondation ou autre entité à l'exception des gouvernements, devient Membre dès lors qu'elle remplit simultanément les conditions suivantes:

(a) être agréée en qualité de Membre par l'Assemblée Générale;

(b) accepter d'assumer les obligations découlant de la qualité de Membre;

(c) apporter ou s'engager à apporter en monnaie convertible à titre de contribution annuelle, pendant au moins trois années consécutives, une somme minimale de 10 000 unités de compte au sens de l'Accord Monétaire Européen.

(3) Si une personne ou entité verse ou s'engage à verser à l'Institut des fonds qu'elle a reçus ou qu'elle doit recevoir d'une autre personne ou entité à des fins correspondant à l'un des objectifs de l'Institut, l'Assemblée Générale doit, à la demande de cette autre personne ou entité agissant en sa qualité de source ultime de la contribution, considérer que le verse-

auftretenden anderen natürlichen Personen oder sonstigen Rechtsträger eine solche Zuwendung oder Zusage als deren Mindestbeitrag oder Mindestzusage im Sinne des Absatzes 2 Buchstabe c.

(4) Wünschen zwei oder mehr Einzelpersonen, Gesellschaften, Vereine, Stiftungen oder sonstige Rechtsträger mit Ausnahme von Regierungen einen den Mindestbetrag nach Absatz 2 Buchstabe c erreichenden Gesamtbetrag gemeinsam beizutragen oder zuzusagen, so können sie zur gemeinsamen Mitgliedschaft nach Maßgabe des Absatzes 2 zugelassen werden und die Mitgliedschaftsrechte am Institut gemeinsam, jedoch nicht einzeln, ausüben.

(5) Nichtstaatliche Mitglieder sind berechtigt, durch Leistung des Mindestbeitrags oder der Mindestzusage zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft in den Jahren nach Ablauf des dritten Jahres ihrer Mitgliedschaft diese ohne Einschaltung der Generalversammlung zu verlängern.

(6) Ein staatliches Mitglied gilt als aus dem Institut ausgeschieden, sobald die Kündigung des Übereinkommens durch seine Regierung wirksam wird. Nichtstaatliche Mitglieder können jederzeit aus dem Institut ausscheiden, indem sie dem Generaldirektor ihre Austrittsabsicht anzeigen. Mit Eingang dieser Anzeige, spätestens aber an dem in der Anzeige angegebenen Austrittstag, hört das betreffende Mitglied auf, Institutsmitglied zu sein, und seine Rechte am Institut erlöschen. Ausscheidende staatliche oder nichtstaatliche Mitglieder haften jedoch für die vollständige Zahlung zugesagter Beiträge.

Artikel 6

Organe

Die Hauptorgane des Instituts sind

a) die Generalversammlung,
b) der Verwaltungsrat,
c) der Generaldirektor.

Die Generalversammlung

Artikel 7

Zusammensetzung

Die Generalversammlung setzt sich aus allen Mitgliedern des Instituts zusammen. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kann ohne Stimmrecht bei den Tagungen der Generalversammlung vertreten sein.

or entity for the purposes of making the minimum contribution or pledge provided in paragraph (2) (c) of this Article.

(4) Two or more individuals, companies, associations, foundations or other entities except governments desiring jointly to contribute or pledge in the aggregate a sum not less than the minimum sum specified in paragraph (2) (c) of this Article may be admitted to joint membership under the rules provided in paragraph (2) of this Article and may exercise jointly but not severally the rights of a Member in the Institute.

(5) Non-governmental Members shall be entitled, by making the minimum contribution or pledge required for membership in the years following successively from the third year of membership to renew their membership without further action of the General Council.

(6) A governmental Member shall be deemed to withdraw from the Institute as from the effective date of the government's denunciation of the Convention. Any non-governmental Member may withdraw from the Institute at any time by giving notice to the Director-General stating the Member's intention to withdraw. Upon receipt of such notice or upon the withdrawal date specified in the notice, whichever is later, such Member shall cease to be a Member of the Institute and its rights in respect of the Institute shall terminate. Any withdrawing governmental or non-governmental Member shall remain liable to pay the full amount of any pledged contributions.

Article 6

Organs

The principal organs of the Institute are:

(a) the General Council;
(b) the Governing Board;
(c) the Director-General.

The General Council

Article 7

Composition

The General Council shall be composed of all the Members of the Institute. The Organisation for Economic Co-operation and Development may be represented without voting rights at General Council meetings.

ment ou la promesse de versement émane de cette autre personne ou entité, pour calculer la contribution ou la promesse minimale exigée au paragraphe 2 (c) du présent Article.

(4) Deux ou plusieurs personnes physiques, sociétés, associations, fondations ou autres entités à l'exception des gouvernements, désireuses d'apporter ensemble ou de s'engager à apporter ensemble une somme au moins égale au minimum prévu au paragraphe (2) (c) du présent Article, peuvent se voir reconnaître conjointement la qualité de Membre conformément aux dispositions du paragraphe (2) du présent Article et peuvent exercer, conjointement mais non individuellement, les droits dévolus aux Membres de l'Institut.

(5) Tout Membre non gouvernemental conserve à son gré sa qualité, sans aucune nouvelle intervention de l'Assemblée Générale, dès lors que pour chacune des années suivant la troisième année à compter de son accession à la qualité de Membre, il apporte ou s'engage à apporter à l'Institut la contribution minimale requise des Membres.

(6) Tout Membre gouvernemental est réputé se retirer de l'Institut à la date à laquelle prend effet la dénonciation de l'Accord par le gouvernement considéré. Tout Membre non gouvernemental peut se retirer de l'Institut à tout instant, en notifiant au Directeur général son intention de retrait; ce Membre cesse d'être Membre de l'Institut et ses droits à l'égard de l'Institut prennent fin au moment de la réception de la notification ou à la date de retrait précisée dans la notification si cette date est postérieure à la réception. Tout Membre gouvernemental ou non gouvernemental démissionnaire reste tenu d'acquitter le montant total des contributions dont il est redevable.

Article 6

Organes

Les principaux organes de l'Institut sont:

(a) L'Assemblée Générale;
(b) Le Conseil d'Administration;
(c) Le Directeur général.

L'Assemblée Générale

Article 7

Composition

L'Assemblée Générale se compose de tous les Membres de l'Institut. L'Organisation de Coopération et de Développement Economiques peut être représentée aux réunions de l'Assemblée Générale, mais elle n'y dispose pas du droit de vote.

Artikel 8

Befugnisse

(1) Die Generalversammlung kann mit Zweidrittelmehrheit aller abgegebenen Stimmen einschließlich der Ja-Stimmen aller staatlichen Mitglieder des Instituts folgende Befugnisse ausüben:

a) Annahme der Institutsvorschriften und der Finanzordnung des Instituts;

b) Ernennung des Generaldirektors und Festsetzung seiner Amtszeit;

c) Bestimmung des Mindestgesamtbetrags der Jahresbeiträge der staatlichen Mitglieder;

d) Genehmigung des Jahresprogramms und -haushalts des Instituts;

e) Festsetzung des Höchstbetrags der erforderlichen Beiträge der Regierungen für jedes nach Absatz 2 Buchstabe c angenommene, mit Kostenvoranschlägen versehene Orientierungsprogramm für drei Jahre;

f) Einladung an Nichtmitgliedsregierungen nach Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens diesem beizutreten, sowie Festlegung der Beitrittsbedingungen;

g) Annahme von Mitgliedschaftsanträgen nach Artikel 5;

h) Bestimmung des Betrags, um den ein nichtstaatliches Mitglied seinen Beitrag erhöhen darf;

i) Genehmigung des Wortlauts eines Sitzabkommens, das zwischen dem Institut und der Regierung des Staates zu schließen ist, in dem sich der Sitz des Instituts befindet;

j) Festsetzung des Höchstbetrags, bis zu dem das Institut Darlehen aufnehmen darf;

k) Änderung dieser Satzung, jedoch nur im Einklang mit dem Übereinkommen;

l) Übertragung von ihr zustehenden Befugnissen für eine bestimmte Zeit auf den Verwaltungsrat; hiervon ausgenommen sind die Befugnisse nach den Buchstaben k, l und n, nach Absatz 2 Buchstaben a und j und nach Absatz 3 sowie die Befugnis, einen in Ausübung dieser Befugnisse gefaßten Beschluß aufzuheben oder zu ändern;

m) Auflösung des Instituts;

n) Umwandlung des Instituts in eine nach innerstaatlichem Recht gegründete private Einrichtung.

Article 8

Powers

(1) The General Council may, by a two-thirds majority of the votes cast, including the concurring votes of all governmental Members of the Institute, exercise the following powers:

(a) to adopt the By-laws and Financial Regulations of the Institute;

(b) to appoint the Director-General and fix his term of office;

(c) to determine the minimum aggregate amount of the annual contributions of governmental Members;

(d) to approve the annual programme and budget of the Institute;

(e) to fix the maximum amount of required contributions of governments in respect of each of the Institute's three-year indicative costed programmes adopted pursuant to paragraph (2) (c) of this Article;

(f) to invite any non-Member government as provided in Article 9 (2) of the Convention to accede to the Convention and to determine the terms of accession;

(g) to accept applications for membership under Article 5;

(h) to determine the amount by which any non-governmental Member may increase its contribution;

(i) to approve the text of a Headquarters Agreement to be concluded between the Institute and the Government of the State in which the Institute's Headquarters are located;

(j) to fix the maximum amount which the Institute may borrow;

(k) to amend the present Charter, provided that any amendments are consistent with the Convention;

(l) to delegate any of its powers for a specified period to the Governing Board, except powers granted in subparagraphs (k), (l) and (n) of this paragraph (1), subparagraphs (a) and (j) of paragraph (2) and paragraph (3) of this Article and the power to repeal or modify any decision made pursuant to such powers;

(m) to dissolve the Institute; and

(n) to reconstitute the Institute as a private organization established under a national legal system.

Article 8

Pouvoirs

(1) L'Assemblée Générale peut, à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés, y compris les voix favorables de tous les Membres gouvernementaux de l'Institut, exercer les pouvoirs suivants:

(a) adopter le Règlement intérieur et le Règlement financier de l'Institut;

(b) nommer le Directeur général et fixer la durée de son mandat;

(c) fixer globalement le montant minimal des contributions annuelles des Membres gouvernementaux;

(d) approuver le programme et le budget annuels de l'Institut;

(e) fixer le plafond des contributions exigées des gouvernements au titre de chaque programme indicatif triennal chiffré, adopté conformément au paragraphe (2) (c) du présent Article;

(f) inviter tout gouvernement non Membre à adhérer à l'Accord, conformément à l'Article 9 (2) de ce dernier, et déterminer les conditions de son adhésion;

(g) accepter les demandes d'accession à la qualité de Membre conformément à l'Article 5;

(h) fixer le montant dont tout Membre non gouvernemental peut augmenter sa contribution;

(i) approuver le texte de l'Accord de siège de l'Institut qui sera conclu entre l'Institut et le Gouvernement de l'Etat sur le territoire duquel sera situé ledit siège;

(j) fixer le plafond des sommes que l'Institut peut emprunter;

(k) amender la présente Charte, sous réserve que les amendements soient compatibles avec l'Accord;

(l) déléguer au Conseil d'Administration, pour une durée déterminée, l'un quelconque de ses pouvoirs, à l'exception toutefois des pouvoirs énumérés aux sous-paragraphes (k), (l) et (n) du présent paragraphe (1), aux sous-paragraphes (a) et (j) du paragraphe (2) et au paragraphe (3) du présent Article, et à l'exception également des pouvoirs de rapporter ou de modifier toute décision prise en vertu desdits pouvoirs;

(m) dissoudre l'Institut; et

(n) reconstituer l'Institut en un organisme privé régi par la législation nationale d'un pays.

(2) Die Generalversammlung kann mit Zweidrittelmehrheit aller abgegenen Stimmen folgende Befugnisse ausüben:

a) Festsetzung der Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder nach Artikel 11;

b) Festsetzung der Bezüge der Verwaltungsratsmitglieder;

c) Genehmigung der mit Kostenvoranschlägen versehenen Orientierungsprogramme für drei Jahre sowie Vorschläge darüber, in welchem Verhältnis Regierungen, nichtstaatliche Mitglieder sowie andere Quellen zum Gesamtaufkommen für jedes derartige Programm beitragen sollen;

d) Ernennung der Rechnungsprüfer;

e) Genehmigung des Prüfungsberichts und des Rechnungsabschlusses;

f) Genehmigung des Jahresberichts an die Generalversammlung;

g) Einsetzung von Unterorganen;

h) Aufforderung an den Generaldirektor nach Artikel 24 Absatz 1, einen Bericht über die Umwandlung des Instituts zu erstellen;

i) Bestellung der Liquidatoren;

j) Ausübung sämtlicher nicht ausdrücklich anderen Institutsorganen zugewiesenen Befugnisse, vorbehaltlich der Regelung in Absatz 1;

k) Beschlußfassung in jeder zum Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsrats gehörenden Frage auf dessen Antrag;

l) Beschlußfassung über Verfahrensfragen in der Generalversammlung.

(3) Die Generalversammlung wählt nach Artikel 10 Absatz 5 die Verwaltungsratsmitglieder. Jeder Bewerber benennt vor seiner Wahl seinen Stellvertreter, der ihn im Falle seiner Verhinderung in den Sitzungen vertritt.

(2) The General Council may, by a two-thirds majority of the votes cast, exercise the following powers:

(a) to fix the number of members of the Governing Board in accordance with Article 11;

(b) to fix the remuneration of members of the Governing Board;

(c) to approve three-year indicative costed programmes and to propose target proportions of income to be provided by governments, non-governmental Members and other sources for each such programme;

(d) to appoint the auditors;

(e) to approve the auditors' report and the accounts;

(f) to approve the annual report to the Council;

(g) to create subsidiary bodies;

(h) to request the Director-General as provided in Article 24 (1) to prepare the report on reconstitution of the Institute;

(i) to appoint the liquidators;

(j) except as provided in paragraph (1) above, to exercise all powers not expressly granted to other organs of the Institute;

(k) at the request of the Governing Board to decide any question within the competence of the Governing Board; and

(l) to decide procedural matters before the Council.

(3) The General Council shall, as provided in Article 10 (5), elect members of the Governing Board. Every candidate shall indicate before his election the name of his Alternate who may replace him at the meetings which he cannot personally attend.

(2) L'Assemblée Générale peut, à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés, exercer les pouvoirs suivants:

(a) fixer le nombre des membres du Conseil d'Administration, conformément à l'Article 11;

(b) fixer la rémunération des membres du Conseil d'Administration;

(c) approuver les programmes indicatifs chiffrés triennaux et proposer, pour chacun de ces programmes, la proportion convenable des ressources financières que devraient fournir respectivement les gouvernements, les Membres non gouvernementaux et les autres sources;

(d) nommer les Commissaires aux comptes;

(e) approuver le rapport des Commissaires aux comptes et les comptes de l'Institut;

(f) approuver le rapport annuel à l'Assemblée Générale;

(g) créer des organismes auxiliaires;

(h) charger le Directeur général, conformément à l'Article 24 (1), de lui présenter un rapport sur la reconstitution de l'Institut;

(i) nommer les liquidateurs;

(j) sous réserve des dispositions du paragraphe (1) ci-dessus, exercer tous les pouvoirs qui ne sont pas expressément attribués à d'autres organes de l'Institut;

(k) à la demande du Conseil d'Administration prendre toute décision sur toute question relevant de la compétence du Conseil d'Administration; et

(l) régler toute question de procédure de l'Assemblée Générale.

(3) L'Assemblée Générale élit les membres du Conseil d'Administration conformément à l'Article 10 (5). Tout candidat doit faire connaître avant son élection le nom du suppléant qui pourra le remplacer aux réunions auxquelles il serait empêché d'assister personnellement.

Artikel 9

Tagungen

Die erste Tagung der Generalversammlung wird vom Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einberufen; sie ist binnen eines Monats abzuhalten, nachdem das Übereinkommen nach seinem Artikel 8 Absatz 3 vorläufig anwendbar geworden ist. Die Jahrestagung sowie Sondertagungen der Generalversammlung werden in der in den Institutsvorschriften vorgesehenen Weise einberufen und durchgeführt.

Article 9

Meetings

The General Council's first meeting shall be called by the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development and shall be held within one month after the date on which the Convention becomes provisionally applicable pursuant to Article 8 (3) of the Convention. An annual meeting and special meetings of the General Council shall be convened and conducted in the manner provided in the By-laws.

Article 9

Reunions

La première réunion de l'Assemblée Générale sera convoquée par le Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques et devra se tenir dans le mois suivant la date à laquelle l'Accord sera appliqué à titre provisoire conformément à l'Article 8 (3) de l'Accord. L'Assemblée Générale tient une réunion annuelle et des réunions spéciales qui sont convoquées et conduites conformément aux dispositions du Règlement intérieur.

Artikel 10

Abstimmungen

(1) Mitglieder haben Anrecht auf je eine Stimme für je 10 000 Rechnungseinheiten im Sinne des Europäischen Währungsabkommens bis zur Höhe ihrer Jahresbeiträge oder -zusagen.

(2) Erhöht sich der tatsächliche Betrag des Beitrags oder der Zusage eines nichtstaatlichen Mitglieds durch Beträge, die auf Grund von Steuervorschriften zahlbar sind, welche auf das betreffende Mitglied Anwendung finden, so gilt für die Berechnung der Anzahl der Stimmen, die das betreffende Mitglied in der Generalversammlung abgeben kann, der Beitrag oder die Zusage dieses Mitglieds als um den Betrag einer derartigen Zahlung erhöht.

(3) Der Verwaltungsrat bestimmt die Anzahl der Stimmen, die jedes Mitglied auf Grund der Zahlung von Beiträgen im Sinne des Artikels 5 Absatz 3 abgeben kann.

(4) Ein Mitglied darf sein aus zugesagten, jedoch noch nicht geleisteten Beiträgen abgeleitetes Stimmrecht wie folgt ausüben:

a) im Falle einer zur Mitgliedschaft eines nichtstaatlichen Mitglieds nach Artikel 5 Absatz 2 berechtigenden Zusage: für die Dauer von sechs Monaten nach Fälligkeit des Beitrags;

b) im Falle sonstiger Zusagen: für die Dauer von sechs Monaten nach Eingang der Zusage beim Institut;

nach Ablauf dieser Frist dürfen Stimmrechte nur noch für die an das Institut gezahlten Beträge ausgeübt werden.

(5) Bei den Wahlen zum Verwaltungsrat können Mitglieder ihre sämtlichen Stimmen für einen Bewerber abgeben oder ihre Stimmen auf zwei oder mehr Bewerber aufteilen. Gewählt sind die Bewerber, welche die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigen.

Article 10

Voting

(1) Members shall have the right to one vote for each 10,000 European Monetary Agreement units of account in value of their annual contribution or pledge.

(2) If the effective amount of a non-governmental Member's contribution or pledge is increased by any sums receivable on account of tax legislation applicable to the Member, such Member's contribution or pledge shall be deemed to be increased by the amount of such receipt, for the purpose of fixing the number of votes that Member may cast in the General Council.

(3) The Governing Board shall determine the number of votes which any Member may cast as a consequence of the receipt of contributions in the manner provided in Article 5 (3).

(4) A Member may exercise voting rights derived from a pledged but unpaid contribution as follows:

(a) in the case of membership qualifying pledges of non-governmental Members under Article 5 (2): for a period of six months after the contribution is due;

(b) in the case of other pledges: for a period of six months after the pledge is received by the Institute;

and thereafter voting rights may be exercised only in respect of the amount paid to the Institute.

(5) In elections to the Governing Board, Members may cast all of their votes for one candidate or distribute them among two or more candidates. Candidates receiving the highest number of votes shall be elected.

Article 10

Votes

(1) Chaque Membre dispose d'une voix pour chaque tranche de 10 000 unités de compte, au sens de l'Accord Monétaire Européen, que contient le montant de sa contribution annuelle ou de son engagement annuel.

(2) Si le montant réel de la contribution ou de l'engagement d'un Membre non gouvernemental se trouve majoré d'une somme quelconque à percevoir en vertu de la législation fiscale applicable à ce Membre, le montant de la contribution ou de l'engagement de ce dernier est réputé majoré de la somme considérée pour le calcul du nombre de voix dont il dispose en Assemblée Générale.

(3) Le Conseil d'Administration fixe le nombre de voix dont dispose un Membre à raison des contributions versées par ce dernier dans les conditions prévues à l'Article 5 (3).

(4) Les conditions dans lesquelles un Membre peut exercer les droits de vote attachés à une contribution qu'il s'est engagé à verser mais qu'il n'a pas encore versée sont les suivantes:

(a) s'il s'agit d'une contribution promise par un Membre non gouvernemental et permettant à celui-ci d'accéder à la qualité de Membre en vertu de l'Article 5 (2): dans les six mois suivant la date de son exigibilité;

(b) s'il s'agit de toute autre contribution: dans les six mois suivant la date de la réception par l'Institut de l'engagement;

après l'expiration du délai de six mois, seuls peuvent être exercés les droits de vote attachés aux sommes effectivement versées à l'Institut.

(5) Pour l'élection des membres du Conseil d'Administration, chaque Membre peut soit bloquer toutes ses voix sur le même candidat, soit les répartir entre deux candidats ou davantage. Les candidats qui recueillent le plus grand nombre de voix sont élus.

Der Verwaltungsrat

The Governing Board

Le Conseil d'Administration

Artikel 11

Zusammensetzung

Die Generalversammlung bestimmt von Zeit zu Zeit die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder, die mindestens 5 und höchstens 25 beträgt. Mitglieder des Instituts oder die von ihnen benannten Bewerber sowie sonstige, aus den Bereichen der Bildung, Technik, Industrie, Wissenschaft und

Article 11

Composition

The number of the Governing Board members shall be fixed from time to time by the General Council at not less than 5 nor more than 25. Members of the Institute or their nominees and other persons selected from the fields of education, technology, industry, science and government may be

Article 11

Composition

Le nombre des membres du Conseil d'Administration est fixé de temps à autre par l'Assemblée Générale; ce nombre ne peut être inférieur à cinq ni supérieur à vingt-cinq. Sont éligibles au Conseil les Membres de l'Institut, des personnes désignées par eux ainsi que toutes autres personnes

öffentlichen Verwaltung ausgewählte Personen können in den Verwaltungsrat gewählt werden. Bei der Wahl der Verwaltungsratsmitglieder legt die Generalversammlung den Vorteilen angemessenes Gewicht bei, die sich aus einer Besetzung des Verwaltungsrats mit Personen aus allen im Mitgliederkreis des Instituts vertretenen geographischen Gebieten ergeben. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kann ohne Stimmrecht in Sitzungen des Verwaltungsrats vertreten sein.

elected to the Board. In electing members of the Board the General Council shall give due weight to the advantages of having on the Board persons from all geographical areas represented in the Institute's membership. The Organisation for Economic Cooperation and Development may be represented without voting rights at Governing Board meetings.

choisies en fonction de l'activité qu'elles exercent dans les domaines de l'enseignement, de la technologie, de l'industrie, de la science et des affaires publique. Lorsqu'elle procède à l'élection des membres du Conseil, l'Assemblée doit tenir compte des avantages que comporte la participation au Conseil de personnes de toutes les régions représentées par les Membres de l'Institut. L'Organisation de Coopération et de Développement Economiques peut être représentée aux réunions du Conseil mais elle n'y dispose pas du droit de vote.

Artikel 12

Amtsdauer

Die Verwaltungsratsmitglieder werden für 3 Jahre gewählt; ihre Wiederwahl ist zulässig. Die Generalversammlung hat sich um die Wahrung der Kontinuität in der Mitgliedschaft im Verwaltungsrat zu bemühen.

Article 12

Term of Office

Governing Board members shall be elected for a period of 3 years and shall be eligible for re-election. The Council shall seek to maintain continuity of membership in the Board.

Article 12

Durée des fonctions

Les membres du Conseil d'Administration sont élus pour une période de trois ans et sont rééligibles. L'Assemblée Générale s'efforce d'assurer la continuité des fonctions des membres du Conseil.

Artikel 13

Befugnisse

Im Rahmen der von der Generalversammlung bestimmten Grundsätze hat der Verwaltungsrat folgende Befugnisse:

a) Leitung des Instituts;

b) Prüfung des Jahresprogramms und -haushalts sowie der mit Kostenvoranschlägen versehenen Orientierungsprogramme für drei Jahre zwecks Vorlage an die Generalversammlung;

c) Verabschiedung der Personalordnung und sonstiger Ordnungsvorschriften, soweit sie nicht von der Generalversammlung zu erlassen sind;

d) Genehmigung von Kauf, Pacht, Miete oder sonstigem Erwerb — selbständig oder gemeinsam — sowie von Belastung mit Pfandrechten, von Verkauf oder sonstiger Verfügung über unbewegliches und bewegliches Vermögen sowie von Anlage, Wiederanlage und sonstigen Geschäften mit derartigen Vermögenswerten;

e) auf den Zweck der Deckung bewilligter Ausgaben beschränkte Genehmigung der Aufnahme von Darlehen sowie der Ausstellung, Unterzeichnung und Begebung von Schuldscheinen sowie sonstigen, die Darlehensaufnahme beweisenden Schuldurkunden;

f) Ausübung der dem Verwaltungsrat durch die Satzung ausdrücklich zugewiesenen Befugnisse;

g) Ausübung der dem Verwaltungsrat von der Generalversammlung übertragenen Befugnisse.

Article 13

Powers

The Governing Board shall, subject to policies determined by the General Council, have the following powers:

(a) to manage the Institute;

(b) to consider the annual programme and budget and the three-year indicative costed programme for submission to the General Council;

(c) adopt the staff rules and other regulatory measures not assigned to the Council;

(d) to authorize the absolute or joint purchase, lease or other acquisition and the mortgage, sale or other disposition of real and personal property, the investment, reinvestment and other transactions in such property;

(e) for the purpose of meeting authorized expenditures, to authorize the borrowing of money, the making, execution, and issuance of promissory notes and other evidence of obligations for money borrowed;

(f) to exercise the powers specifically assigned in the Charter to the Board; and

(g) to exercise the powers which the Council may delegate to it.

Article 13

Pouvoirs

Dans le cadre de la politique déterminée par l'Assemblée Générale, le Conseil d'Administration a les pouvoirs suivants:

(a) gérer l'Institut;

(b) étudier le programme et le budget annuels ainsi que le programme indicatif chiffré triennal, avant de les soumettre à l'Assemblée Générale;

(c) adopter le Règlement du personnel et les autres dispositions réglementaires qui ne sont pas de la compétence de l'Assemblée Générale;

(d) autoriser l'achat, la prise en location et tous autres modes d'acquisition privative ou conjointe, l'hypothèque, la vente et tous autres modes d'aliénation, de tous biens meubles ou immeubles, ainsi que l'investissement, le réinvestissement et toutes autres opérations portant sur ces biens;

(e) afin de faire face aux dépenses autorisées, autoriser l'emprunt de sommes d'argent, la création, la souscription et l'émission de billets à ordre et autres documents faisant preuve d'un emprunt;

(f) exercer les pouvoirs qui lui sont expressément conférés par la Charte; et

(g) exercer les pouvoirs que l'Assemblée peut lui déléguer.

Artikel 14
Abstimmungen

Jedem Verwaltungsratsmitglied steht eine Stimme zu. Beschlüsse des Verwaltungsrats bedürfen der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen.

Article 14
Voting

Each member of the Governing Board shall be entitled to one vote. The Governing Board shall act by a two-thirds majority of the votes cast.

Article 14
Votes

Chaque membre du Conseil d'Administration dispose d'une voix. Les décisions du Conseil sont prises à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés.

Der Generaldirektor

Artikel 15
Ernennung und Aufgaben

(1) Der Generaldirektor wird von der Generalversammlung ernannt; sie bestimmt zugleich die Dauer seiner Amtszeit.

(2) Der Generaldirektor ist der rechtliche Vertreter und leitende Geschäftsführer des Instituts.

(3) Der Generaldirektor ernennt das Personal. Bei der Ernennung aller Lehrkräfte sowie des sonstigen Personals mit Hochschulausbildung ist der Verwaltungsrat zu hören.

(4) Der Generaldirektor regelt die Qualifikationen für die Zulassung von Studierenden und Mitarbeitern im Institut sowie die Anzahl der verfügbaren Plätze und das Zulassungsverfahren. Bei Regelung der Zulassungsqualifikationen und des Zulassungsverfahrens berücksichtigt der Generaldirektor den internationalen Zweck des Instituts.

(5) Bei Wahrnehmung seiner Aufgaben folgt der Generaldirektor den von der Generalversammlung festgelegten Grundsätzen und den Richtlinien des Verwaltungsrats. Er legt der Generalversammlung einen Jahresbericht über die Tätigkeit, Finanzlage und Aussichten des Instituts vor.

The Director-General

Article 15
Appointment and Functions

(1) The Director-General shall be appointed by the General Council for a term of office fixed by the Council.

(2) The Director-General shall be the legal representative and chief executive officer of the Institute.

(3) The Director-General shall appoint the staff. The Governing Board shall be consulted on the appointment of all teaching and other professional level staff.

(4) The Director-General shall determine the qualifications for admission of persons studying or working at the Institute as well as the number of available places and the procedure for admission. In fixing admission qualifications and procedures the Director-General shall be guided by the international objectives of the Institute.

(5) In carrying out his functions the Director-General shall follow the policies established by the General Council and the directions of the Governing Board. He shall submit an annual report to the General Council on the activities, financial position and prospects of the Institute.

Le Directeur général

Article 15
Nomination et fonctions

(1) Le Directeur général est nommé par l'Assemblée Générale, qui fixe la durée de son mandat.

(2) Le Directeur général est le représentant légal et le chef des services de l'Institut.

(3) Le Directeur général nomme le personnel de l'Institut. Il consulte préalablement le Conseil d'Administration sur la nomination de tous les enseignants et autres membres du personnel d'encadrement.

(4) Le Directeur général fixe les qualifications requises des personnes venant étudier ou travailler à l'Institut ainsi que le nombre de places disponibles et les modalités d'admission. Pour déterminer les qualifications requises des candidats et les modalités d'admission, le Directeur général s'inspire des objectifs internationaux assignés à l'Institut.

(5) Dans l'éxercice de ses fonctions, le Directeur général se conforme aux principes définis par l'Assemblée Générale et aux directives du Conseil d'Administration. Il soumet à l'Assemblée Générale un rapport annuel sur les activités, la situation financière et les perspectives de l'Institut.

Artikel 16
Internationale Verantwortung

Jedes Mitglied beachtet den ausschließlich internationalen Charakter der Verantwortung des Generaldirektors, der leitenden Bediensteten und des Personals; diese dürfen von staatlichen oder nichtstaatlichen Mitgliedern oder von Nichtmitgliedsregierungen oder sonstigen institutsfremden Stellen weder Weisungen annehmen noch sie um solche ersuchen.

Article 16
International Responsibilities

Each Member shall respect the exclusively international character of the responsibilities of the Director-General, officers and the staff who shall neither seek nor receive instructions from any governmental or non-governmental Member nor from any non-Member government or other authority external to the Institute.

Article 16
Fonctions internationales

Chaque Membre s'engage à respecter le caractère strictement international des fonctions du Directeur général, des cadres supérieurs et du personnel, lesquels ne sollicitent ni ne reçoivent de directives d'aucun Membre, gouvernemental ou non, d'aucun gouvernement non Membre de l'Institut, ni d'aucune autorité extérieure à l'Institut.

Die Beratungsgruppen

Artikel 17
Zusammensetzung und Aufgaben

Der Generaldirektor kann mit Zustimmung des Verwaltungsrats eine oder mehrere Beratungsgruppen mit

The Advisory Groups

Article 17
Composition and Functions

The Director-General may establish one or more Advisory Groups with the approval of the Governing Board

Les Groupes consultatifs

Article 17
Composition et fonctions

Le Directeur général peut, avec l'accord du Conseil d'Administration, créer un ou plusieurs Groupes con-

der Aufgabe einsetzen, ihn selbst und gegebenenfalls den Verwaltungsrat zu beraten. Der Generaldirektor regelt mit Zustimmung des Verwaltungsrats die Aufgaben, Amtsdauer, Berufungsvoraussetzungen und Vergütungen der Mitglieder der Beratungsgruppen.

to advise him or the Board as the case may be. The Director-General shall also, with the approval of the Board, determine the functions, terms of office, requisite qualifications and remuneration of Advisory Group members.

sultatifs chargés de conseiller le Directeur général ou le Conseil selon le cas. Le Directeur général fixe, avec l'accord du Conseil, les fonctions, la durée de la mission, les qualifications requises et la rémunération des membres du Groupe.

Sprachen

Artikel 18

Arbeitssprachen

(1) Die Arbeitssprachen des Instituts sind Deutsch, Englisch und Französisch. Falls erforderlich, können auch Italienisch und Niederländisch verwendet werden. Die Anwendung dieser Grundsätze auf den Unterricht im Institut liegt im Ermessen des Generaldirektors, von dem dieser nach Rücksprache mit dem Verwaltungsrat Gebrauch macht.

(2) Die Verwendung der italienischen und niederländischen Sprache sowie sonstiger in Absatz 1 nicht genannter Sprachen bei Sitzungen der Generalversammlung, des Verwaltungsrats und der Beratungsgruppen kann auf Antrag entweder von der Generalversammlung oder vom Generaldirektor unter Beachtung haushaltswirtschaftlicher Gesichtspunkte genehmigt werden.

Languages

Article 18

Working Languages

(1) The working languages of the Institute shall be English, French and German. If necessary, Dutch and Italian might also be used. The application of these principles to the teaching in the Institute shall be left to the discretion of the Director-General after consultation with the Governing Board.

(2) The use of Dutch, Italian and other languages not mentioned in paragraph (1) above at any meeting or meetings of the General Council, Governing Board and Advisory Groups may be authorized upon request either by the General Council or by the Director-General in conformity with the criterion of budgetary economy.

Langues

Article 18

Langues de Travail

(1) Les langues de travail de l'Institut sont l'allemand, l'anglais et le français. En cas de nécessité, l'italien et le néerlandais pourront aussi être utilisés. L'application de ces principes à l'enseignement de l'Institut sera laissée à la discrétion du Directeur général après consultation du Conseil d'Administration.

(2) L'emploi de l'italien, du néerlandais ou d'autres langues non mentionnées au paragraphe (1) ci-dessus lors d'une réunion ou des réunions de l'Assemblée Générale, du Conseil d'Administration ou de Groupes consultatifs, pourra être autorisé, sur demande, par l'Assemblée Générale ou par le Directeur général en fonction de considérations d'économie budgétaire.

Programm, Haushalt, Finanzen

Artikel 19

Programm und Haushalt

Der Generaldirektor arbeitet ein Jahresprogramm und einen Jahreshaushalt sowie mit Kostenvoranschlägen versehene Orientierungsprogramme für drei Jahre aus, die sämtlich der Prüfung durch den Verwaltungsrat bedürfen und der Generalversammlung vorzulegen sind. Zur Vermeidung unnötiger Doppelarbeit sind die Arbeiten anderer Organisationen zu berücksichtigen.

Programme, Budget, Finance

Article 19

Programme and Budget

The Director-General shall prepare an annual Programme and Budget and three-year indicative costed programmes for review by the Governing Board and submission to the General Council. The work of other Organizations shall be taken into account in order to avoid unnecessary duplication.

Programme, Budget, Finances

Article 19

Programme et budget

Le Directeur général prépare le programme et le budget annuels ainsi que le programme indicatif chiffré triennal, qui sont présentés au Conseil d'Administration et soumis à l'Assemblée Générale. Il sera tenu compte des travaux des autres organisations afin d'éviter les doubles emplois inutiles.

Artikel 20

Finanzierung

Das Institut wird finanziert durch

a) die Beiträge der Mitglieder;
b) Gebühren und sonstige von Studierenden am Institut zu entrichtende Beträge;
c) sonstige Einnahmen, die der Verwaltungsrat als mit dem Institutszweck vereinbar annimmt oder genehmigt.

Article 20

Financing

The Institute shall be financed by:

(a) contributions of Members;
(b) fees and other sums payable by persons studying at the Institute;
(c) other income which the Governing Board accepts or authorizes as consistent with the objects of the Institute.

Article 20

Financement

Les ressources de l'Institut sont constituées par:

(a) les contributions des Membres;
(b) les droits et autres sommes exigibles des personnes étudiant à l'Institut;
(c) toutes autres ressources compatibles avec les objectifs de l'Institut, acceptées ou autorisées par le Conseil d'Administration.

Artikel 21

Zusagen

Die Mitglieder haften dem Institut in Höhe der zugesagten Beiträge nach Maßgabe der Zusage.

Article 21

Pledges

Members shall be legally liable to the Institute for the amount of pledged contributions in accordance with the terms of the pledge.

Article 21

Engagements

Les Membres sont juridiquement débiteurs envers l'Institut, conformément aux termes de leur engagement, du montant des contributions qu'ils se sont engagés à lui verser.

Artikel 22

Rechnungsprüfer

Die Bücher des Instituts werden durch einen Ausschuß geprüft, der sich aus drei von der Generalversammlung für drei Jahre gewählten Rechnungsprüfern zusammensetzt. Die Wiederwahl der Rechnungsprüfer in den Rechnungsprüferausschuß ist zulässig. Einer der drei Ausschußsitze wird jährlich neu besetzt. Die Amtszeit der erstmalig gewählten Rechnungsprüfer wird durch Abstimmung auf je ein, zwei oder drei Jahre festgesetzt.

Article 22

Auditors

The accounts of the Institute shall be audited by a Board of three auditors elected by the General Council for a period of three years. The auditors may be re-elected to the Board of Auditors. One of the three seats on the Board shall be renewed each year. The period of office of the first auditors elected shall be fixed by vote at one, two or three years respectively.

Article 22

Commissaires aux comptes

Les comptes de l'Institut sont contrôlés par un Conseil composé de trois Commissaires aux comptes élus par l'Assemlbée Générale pour une période de trois ans. Les Commissaires aux comptes sont rééligibles. L'un des trois sièges du Conseil doit être pourvu d'un nouveau titulaire chaque années. La durée du mandat des premiers Commissaires élus est fixée par un vote respectivement à une, deux ou trois années.

Artikel 23

Rechnungsjahr

Das Rechnungsjahr des Instituts entspricht dem Kalenderjahr, sofern nicht die Generalversammlung ein anderes Rechnungsjahr beschließt.

Article 23

Financial Year

The financial year of the Institute shall correspond to the calendar year unless the General Council adopts a different financial year.

Article 23

Exercice financier

Sauf décision contraire de l'Assemblée Générale, l'exercice financier de l'Institut coïncide avec l'année civile.

Auflösung und Liquidation

Artikel 24

Umwandlung

(1) Die Generalversammlung kann den Generaldirektor jederzeit auffordern, einen Bericht über die Umwandlung des Instituts in eine nach innerstaatlichem Recht gegründete private Einrichtung auszuarbeiten.

(2) Der Generaldirektor arbeitet sodann einen der Generalversammlung vorzulegenden Bericht aus, in dem die für eine solche Umwandlung zu Gebote stehenden Maßnahmen, die daraus zu erwartenden rechtlichen, strukturellen und finanziellen Folgen sowie die Empfehlungen des Generaldirektors darzulegen sind.

(3) Beschließt die Generalversammlung nach Prüfung des Berichts des Generaldirektors die Umwandlung des Instituts, so notifiziert der Generaldirektor dies dem Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

(4) Sind die Umwandlungsförmlichkeiten abgeschlossen, so ersucht der Generaldirektor den Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um die in Artikel 13 Buchstabe f des Übereinkommens vorgesehene Notifikation.

Dissolution and Liquidation

Article 24

Reconstitution

(1) The General Council may at any time request the Director-General to prepare a report on the reconstitution of the Institute as a private organization established under a national legal system.

(2) The Director-General shall then prepare for the General Council a report setting forth the available measures for such reconstitution, the expected legal, structural and financial consequences thereof and the Director-General's recommendations.

(3) After having considered the Director-General's report, if the General Council decides to reconstitute the Institute, the Director-General shall so notify the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development.

(4) When the reconstitution formalities are completed the Director-General shall request the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development to give notice of reconstitution under Article 13 (f) of the Convention.

Dissolution et liquidation

Article 24

Reconstitution

(1) L'Assemblée Générale peut à tout instant charger le Directeur général d'établir un rapport sur la reconstitution de l'Institut en un organisme privé régi par la législation nationale d'un pays.

(2) Le Directeur général présente alors à l'Assemblée Générale un rapport exposant les différentes mesures qu'il est possible de prendre pour effectuer cette reconstitution, les conséquences éventuelles sur les plans juridique, structurel et financier, ainsi que les recommandations du Directeur général.

(3) Dans le cas où, après avoir étudié le rapport du Directeur général, l'Assemblée Générale décide de reconstituer l'Institut, le Directeur général porte cette décision à la connaissance du Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques.

(4) Après l'achèvement des formalités de reconstitution le Directeur général invite le Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques à notifier la reconstitution conformément à l'Article 13 (f) de l'Accord.

Artikel 25

Auflösung in sonstigen Fällen

Das Institut ist aufzulösen und zu liquidieren,

a) wenn das Übereinkommen von sämtlichen Vertragsparteien bis auf eine gekündigt worden ist oder

Article 25

Dissolution in other Cases

The Institute shall be dissolved and be liquidated if:

(a) all but one party to the Convention shall have denounced the Convention; or

Article 25

Autres cas de dissolution

L'Institut est réputé dissous et liquidé dans les cas suivants:

(a) toutes les parties à l'Accord sauf une ont dénoncé l'Accord;

b) wenn die Generalversammlung das Institut auflöst;

danach gilt das Institut nur noch als zu Liquidationszwecken fortbestehend.

(b) the General Council dissolves the Institute;

and the Institute shall thereafter be deemed to exist solely for the purpose of liquidation.

(b) l'Assemblée Générale décide de dissoudre l'Institut.

En suite de quoi, l'Institut est réputé n'avoir d'existence qu'aux fins de sa liquidation.

Schlußbestimmungen

Artikel 26

Streitigkeiten

(1) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr nichtstaatlichen Mitgliedern über Rechte oder Pflichten im Zusammenhang mit dem Institut wird nach der Vergleichs- und Schiedsordnung der Internationalen Handelskammer durch einen oder mehrere nach der genannten Ordnung bestellte Schiedsrichter beigelegt.

(2) Die Streitparteien im Sinne des Absatzes 1 können binnen zwei Monaten, nachdem eine Partei der anderen notifiziert hat, daß nach ihrer Ansicht eine Streitigkeit besteht, statt des in Absatz 1 vorgesehenen Schiedsverfahrens eine andere Art der Beilegung vereinbaren. Nach Ablauf dieser Frist kann jede Partei das Verfahren nach Absatz 1 in Anspruch nehmen.

Artikel 27

Änderungen

Diese Satzung kann nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe k geändert werden. Der Generaldirektor notifiziert allen Mitgliedern und dem Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sämtliche Satzungsänderungen.

Final Provisions

Article 26

Disputes

(1) Any dispute which may arise between two or more non-governmental Members concerning rights or duties in relation to the Institute shall be settled under the Rules of Conciliation and Arbitration of the International Chamber of Commerce, by one or more arbitrators appointed in accordance with the Rules.

(2) The parties to any dispute subject to paragraph (1) of this Article may agree, within a period of two months after one such party has notified its opinion to the other that a dispute exists, to refer not to arbitration under paragraph (1) but to another mode of settlement. After the expiry of the said period, either party may invoke the procedure provided in paragraph (1).

Article 27

Amendments

The present Charter may be amended as provided in Article 8 (1) (k). The Director-General shall notify all Members and the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development of all amendments to the present Charter.

Dispositions finales

Article 26

Différends

(1) Tout différend pouvant surgir entre des Membres non gouvernementaux à propos de droits ou d'obligations ayant rapport avec l'Institut sera réglé, conformément aux Règles de Conciliation et d'Arbitrage de la Chambre Internationale de Commerce, par un ou plusieurs arbitres désignés conformément à ces Règles.

(2) Les parties à un différend visé par le paragraphe (1) du présent Article peuvent, dans un délai de deux mois à compter de la date à laquelle l'une des parties aura fait connaître à l'autre qu'elle estime qu'il existe un différend, convenir de ne pas s'en remettre à l'arbitrage prévu au paragraphe (1), mais de recourir à un autre mode de règlement. A l'expiration dudit délai, l'une ou l'autre des parties pourra entamer la procédure prévue au paragraphe (1).

Article 27

Amendements

La présente Charte peut être amendée conformément à son Article 8 (1) (k). Le Directeur général notifie à tous les Membres ainsi qu'au Secrétaire général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques tous les amendements apportés à la présente Charte.

Denkschrift zu dem Übereinkommen

I. Entstehungsgeschichte

Der Gedanke, ein europäisches Institut zu gründen, das sich mit der Ausbildung von Führungskräften auf dem Gebiet technologischer Entwicklungen und ihrer Nutzung befaßt, geht bis in die fünfziger Jahre zurück. Durch die Debatte über die „technologische Lücke" zwischen Europa und Amerika in der Mitte der sechziger Jahre erhielt die Idee neue Impulse. Sie wurde von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und Österreichs sowie von führenden Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft aufgegriffen. Die vorbereitenden Arbeiten wurden seit März 1969 von einer Arbeitsgruppe im Rahmen der OECD vorangetrieben und führten am 6. Oktober 1971 zur Unterzeichnung des Übereinkommens durch die genannten sechs Staaten. Das Übereinkommen wird von den Regierungen bis zu seinem Inkrafttreten mit der Hinterlegung der vierten Ratifikationsurkunde bereits vorläufig angewandt, vorbehaltlich ihrer Verfassungsvorschriften und nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Finanziert wurden die Vorbereitungsarbeiten in den Jahren 1969—1971 von den Unterzeichnerstaaten und von Industrieunternehmen.

II. Programm

Aus der Konzeption eines Instituts für das Studium von Managementfragen technischer Entwicklungen und Systeme mit modernen Methoden in Forschung, Erziehung, Gesundheit, Kommunikation, Umweltschutz, Verkehr und Verteidigung wurde als Ziel des Instituts entwickelt, Führungsaufgaben bei der Entwicklung, dem Einsatz oder der Umgestaltung technischer Produkte und Systeme zu erleichtern und zu verbessern, und zwar durch Fortbildung der Führungskräfte, aber auch durch Forschung und Informationsvermittlung. Da technische Systeme und Entwicklungen zunehmend nationale Grenzen überschreiten und im Bereich der Technik zugleich eine enge Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Staat besteht, ist das Institut als europäische, gemischt zwischenstaatlich-private Einrichtung angelegt — eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Regierungen und technisch-orientierter Industrie. Im Unterschied zu Management-Ausbildungsstätten, die sich mit allgemeinen Führungsaufgaben in der Wirtschaft befassen, steht bei dem Internationalen Institut die fortgeschrittene Forschung und Technik im Vordergrund.

Die wesentliche Aufgabe des Instituts besteht in Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen. Sie sind von Bedeutung für Wissenschaftler und Ingenieure, die aus Forschung, Entwicklung oder Produktion in das Management technikintensiver Industrien überwechseln, außerdem für Nichttechniker, die in technikorientierten Unternehmen leitende Stellen übernehmen, aber auch für Angehörige der öffentlichen Verwaltung, die mit Fragen der Wissenschaft, Technik oder Industrie befaßt sind und technologische Entscheidungen mit den Hilfsmitteln des modernen Managements treffen müssen, um den oft weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen ihrer Entscheidungen gerecht werden zu können.

Bei den Lehrgängen sind etwa einwöchige Kurzlehrgänge zur Orientierung, Kurzlehrgänge über besondere Sachgebiete von einigen Wochen Dauer sowie Hauptkurse von sechs Monaten bis zu einem Jahr vorgesehen. Die Orientierungs-Kurzlehrgänge sollen Spitzenkräfte über den letzten Stand der Entwicklung im technologischen Management unterrichten. Die Kurzlehrgänge über besondere Sachgebiete sind für die Fortbildung mittlerer Führungskräfte in praktischen Fragen gedacht, während die Hauptkurse eine intensive individuelle Schulung dieser Führungskräfte auf allen Gebieten des technologischen Managements bezwecken.

Daneben wird das Internationale Institut Informationen aus dem Bereich der Führungsaufgaben in der Technik verbreiten und sich mit Forschungsaufgaben befassen.

III. Sitz und Betrieb des Instituts

Das Institut hat seinen Sitz in Mailand. Die Stadt Mailand stellt dem Institut mit Unterstützung der italienischen Regierung unentgeltlich einen Gebäudekomplex in der Innenstadt zur Verfügung, der nach Erweiterung und Modernisierung Raum für die Unterbringung von etwa 350 Personen sowie die notwendigen Hilfseinrichtungen wie Arbeits- und Kollegsäle, Bibliothek, EDV-Anlage und Büros bietet.

Das Personal soll im Endausbau 20 bis 30 ständige Mitarbeiter umfassen. Die Gastdozenten sollen zu einem wesentlichen Teil von der Industrie gestellt werden. Durch den unmittelbaren Meinungsaustausch mit der Praxis soll der praktische Nutzen der Dienstleistungen des Instituts gewährleistet werden. Dem Institut werden ferner moderne didaktische und informationstechnische Hilfsmittel zur Verfügung stehen.

Die ersten Kurzkurse sollen im zweiten Halbjahr 1972 abgehalten werden. Die Aufnahme des vollen Institutsbetriebs ist für 1973 vorgesehen.

IV. Übereinkommen und Satzung

Struktur und Organisation

Das Internationale Institut für Führungsaufgaben in der Technik wird durch ein Übereinkommen zwischen den Vertragsregierungen als gemischt zwischenstaatlich-private, gemeinnützige Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet (Artikel 1 und 4 des Übereinkommens). Es kann jederzeit in eine unabhängige, nichtstaatliche Stiftung umgewandelt werden (Artikel 5 des Übereinkommens, Artikel 24 der Satzung).

Mitglieder des Instituts sind außer den Vertragsregierungen natürliche und juristische Personen, Vereine und Stiftungen, die wenigstens drei Jahre den Mindestbeitrag von je 10 000 Rechnungseinhei-

ten (= RE) des Europäischen Währungsübereinkommens leisten (Artikel 5 der Satzung). Angestrebt wird auf längere Sicht die wachsende Mitgliedschaft nichtstaatlicher Stellen, und zwar bis zur ausschließlich privaten Trägerschaft unter Umwandlung des Instituts in eine private Einrichtung.

Organe des Instituts sind die Generalversammlung, der Verwaltungsrat und der Generaldirektor (Artikel 6 der Satzung). Die Generalversammlung setzt sich aus allen Institutsmitgliedern zusammen; sie übt insbesondere die Kontrolle über Programm und Haushalt aus (Artikel 8 der Satzung). Das Stimmrecht der Mitglieder richtet sich nach der Größe der übernommenen Jahresbeiträge: die Übernahme von je 10 000 RE berechtigt zu je einer Stimme (Artikel 10 der Satzung). Die Leitung des Instituts obliegt dem Verwaltungsrat, dessen Mitglieder von der Generalversammlung unter den Institutsmitgliedern sowie aus den Bereichen der Bildung, Technik, Industrie, Wissenschaft und öffentlichen Verwaltung gewählt werden (Artikel 11 und 13 der Satzung). Dr.-Ing. Seetzen vom Kernforschungszentrum Karlsruhe ist zum Generaldirektor ernannt worden.

Vertragssprachen des Übereinkommens sind Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Niederländisch; Arbeitssprachen des Instituts sind Deutsch, Englisch und Französisch (Artikel 18 der Satzung).

Finanzierung

Das Institut wird durch Beiträge der Mitglieder und durch Studiengebühren finanziert (Artikel 20 der Satzung). Die Jahresbeiträge der Vertragsregierungen werden nach dem Bruttosozialprodukt zu Faktorkosten berechnet; der Höchstbeitrag beträgt 30 v. H. des Gesamtbetrages, der von den Vertragsregierungen aufzubringen ist (Artikel 3 des Übereinkommens). Der Beitragsanteil der Bundesrepublik liegt derzeit bei 29,75 v. H. Die Regierungsbeiträge in den ersten drei Jahren des Bestehens des Instituts werden auf 0,58, 0,7 bzw. 0,8 Millionen RE veranschlagt. Für das erste Jahr sind bisher von nichtstaatlichen Mitgliedern, insbesondere der Industrie, Beiträge von insgesamt 290 000 RE zugesagt worden, darunter 170 000 RE von italienischer und 40 000 RE von deutscher Seite. Die Mitglieder bemühen sich um weitere nichtstaatliche Beiträge.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Nach Auffassung des Bundesrates fällt das Übereinkommen mindestens zum Teil in die Gesetzgebungskompetenz der Länder. Im Hinblick auf die Lindauer Vereinbarung, in der sich die Bundesregierung und die Landesregierungen über die Beteiligung der Länder bei Abschluß völkerrechtlicher Verträge des Bundes geeinigt haben, erhebt der Bundesrat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf. Er weist jedoch darauf hin, daß das Übereinkommen erst ratifiziert werden kann, wenn sämtliche Länder ihr Einverständnis gemäß Ziffer 3 der Lindauer Vereinbarung vorbehaltlos erklärt haben.

Die Bundesregierung wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß die Länder sobald wie möglich auch im Verwaltungsrat Vertretungsrecht oder Stellvertretungsrecht erhalten.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Unbeschadet der Frage der Anwendbarkeit von Ziffer 3 der Lindauer Vereinbarung steht die Bundesregierung mit den zuständigen Stellen der Länder in Erörterungen darüber, inwieweit den Vorstellungen der Länder Rechnung getragen werden kann.

Bn 212039 3.72